

Krieg, Krieg, immer mehr Krieg!

Ein brandgefährlicher Weg!

Wie am Wochenende durch die Medien bekannt wurde, plant die Bundesregierung mit etwa 1.200 Bundeswehrsoldaten in den Krieg gegen den „Islamischen Staat“ (IS) einzugreifen. Exakt sollen bis zu sechs Tornado-Kampfflugzeuge, eine Kriegsfregatte, Tankflugzeuge und das Satellitenspionage-System „SAR Lupe“ an den Kriegsschauplatz in Syrien und Nordirak verlegt werden. Darüber hinaus sollen noch zusätzlich 650 Mann nach Nord-Mali verlegt werden, um die dort stationierten französischen Verbände zu „entlasten“.

Das ist von der Truppenstärke her gesehen der bisher massivste Einsatz der

Bundeswehr im Ausland. Was den Einsatz gegen den IS betrifft, ist es, da kein UNO-Mandat vorliegt, ein völkerrechtswidriger und damit auch grundgesetzwidriger Einsatz der Bundeswehr.

Unter dem Vorwand des „Kampfes gegen den Terror“, den die terroristischen Mordanschläge vom 14. November in Paris bieten, gehen Kanzlerin Merkel und ihre Regierung, mit der Parlamentsmehrheit der Regierungskoalition im Rücken, äußerst rasch und gezielt vor – wohl wissend, dass die Mehrheit der Deutschen auch nach den Terroranschlägen von Paris gegen Kampfeinsätze der Bundeswehr ist. Noch diese Woche soll ein Regierungs-

beschluss gefasst werden und noch vor Weihnachten die Abstimmung im Bundestag erfolgen. Schon am vergangenen Wochenende meldete die Bundeswehr Einsatzbereitschaft.

Das lässt den Verdacht aufkommen, dass nur noch der Anlass gefehlt hat, um grünes Licht für einen verstärkten Einsatz der Bundeswehr an den Kriegsschauplätzen Naher/Mittlerer Osten und afrikanische Sahelzone geben zu können. Die immer stärker werdende militärische Präsenz an den Konfliktherden dieser Welt zeigt, dass der deutsche Imperialismus auch auf diesem Gebiet zu den „global players“ gehören will.

Bundeswehreinsätze im Ausland sofort beenden!

Die deutsche Rüstungsindustrie, die ohnehin mit Rüstungsexporten satte Geschäfte macht, kann sich die Hände reiben. Schließlich kann sich die Kriegstauglichkeit ihrer Produkte nun auch im Einsatz durch die Bundeswehr beweisen. Für die deutsche Bevölkerung ist das Ganze weniger „gewinnbringend“. Schließlich bezahlt sie die Bundeswehreinsätze mit ihren Steuergroschen und hat auch noch das erhöhte Terror-Risiko durch die Kriegsbeilegung Deutschlands am Feldzug gegen den IS zu tragen.

Während Regierung und Sicherheitsbehörden noch abwiegeln, werden in den Medien bereits Unkenrufe wie „Steigt Terror-Risiko in Deutschland?“ laut und das heißt zumindest, dass mit einer solchen Entwicklung gerechnet wird – und man sie billigend in Kauf nimmt.

Der bisherige „Anti-Terror-Krieg“ hat dazu geführt, dass der Terror angestiegen ist. Der Bundeswehreinsatz in Afghanistan hat in 10 Jahren nach einer Schätzung

des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) rund 17 Milliarden Euro gekostet. Das Ergebnis: 56 tote Bundeswehrsoldaten, viel mehr Tote in der Zivilbevölkerung, Stärkung von Taliban, Al Kaida und IS, ein zerstörtes Land mit einer schlimmeren Situation als vor dem „Anti-Terror-Krieg“. Die USA haben übrigens über eine Billion Dollar verpulvert. Für den Irak, Somalia, Jemen, Libyen, Mali und nun auch Syrien ist die Bilanz genauso. Überall hat der „Anti-Terror-Krieg“ den Terror gefördert und den verschiedensten Terrorgruppen breiten Raum für ihre Operationen geöffnet. Libyen ist heute kein Staat, sondern zersplittert. Das Territorium wird von diversen Banden beherrscht.

Zudem wurden Terrorgruppen wie Taliban und Al Kaida vom Westen aufgebaut – zunächst in Afghanistan im Kampf gegen die damalige UdSSR. Diese Terrorgruppen gerieten danach außer Kontrolle und richteten sich gegen ihre Geldgeber.

In Syrien fand das gleiche böse Spiel statt: Die islamistische Opposition wurde mit Geld und Waffen unterstützt, um Assad zu stürzen. Bis heute liefert die Bundesregierung Waffen an Saudi-Arabien, das selbst ein islamistisches Terrorregime ist und die Islamisten in Syrien mit Geld und Waffen führt, den Jemen mit seinen Truppen überfällt und zerstört. Mit dieser brandgefährlichen Politik, die nur den Rüstungskonzernen und den Banken dient, muss Schluss sein!

**Nein zur Kriegspolitik!
Keine Beteiligung am
„Krieg gegen den Terror“!
Keine Auslandseinsätze
der Bundeswehr!**

ARBEIT ZUKUNFT

www.arbeit-zukunft.de

Von unserer Zeitung „Arbeit Zukunft“ können 2 kostenlose Probenummern angefordert werden. Ein Abonnement kostet 12 Euro/ Jahr. Erscheint alle 2 Monate. Anschrift/ E-Mail: siehe Impressum.